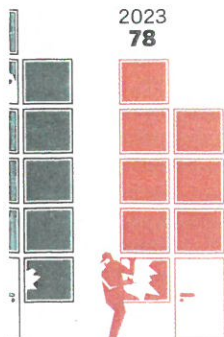


lie Demokratinnen
aten im Parlament
hinaus ab Tag eins
il überzeugt«,
noch amtierende
er der Grünen-
-Christian Kindler
s die derzeitige
meisterin Klöckner
tspräsidentin zu-
ie Rechenschafts-
Parteienfinanzie-
»Es ist grotesk,
ihre eigenen Bes-
soll. Da gibt es
ssenskonflikte«,
der aus dem Par-
heidende Ab-
Das beschädigt die
igkeit des zweit-
ites der Bundes-
tschland.« SEV

ög muss mit höhe-
enstmöglichkeiten
en Rückzahlungs-
rsehen werden«,
RCDS. Es solle
e der Regelstu-
rilligt werden, um
bzubauen und
erheit zu geben.
s der Antrag übli-
des Jahr erneuert
gehe darum, »die
ildung und sozia-
heit abzufedern«,
Chef Lukas Hone-
RCDS setzt sich
e Begabtenförde-
zeiten und besser
1: »Die Stipendien-
sondere das soge-
tergeld) müssen
werden.« JOS

2023 wurden
48 Prozent weniger
Wohnungseinbrüche
verzeichnet als
3 zehn Jahre zuvor.



DIE GEGENDARSTELLUNG

Freie Fahrt



Von Alexander Neubacher

Dieses Wochenende werden die Menschen zwischen Kassel und Gießen ein spätes Wunder erleben. Die A49, das vielleicht langwierigste Autobahnprojekt Deutschlands, wird doch noch fertig. Mehr als 50 Jahre nach Planungsbeginn. Viele Menschen in der Region hätten es nicht für möglich gehalten.

Am Freitag sollte der letzte Teilabschnitt vollendet, die letzte Lücke geschlossen werden. In Stadtallendorf, 22.000 Einwohner, war ein Fest geplant vor lauter Freude. Vielleicht konnten die Gäste anschließend sogar über die neue Autobahn nach Hause fahren. Der Durchgangsverkehr muss jetzt endlich nicht mehr mitten durch die Ortschaften. Die neue Verkehrsanbindung soll der regionalen Wirtschaft helfen, Touristen anlocken, Arbeitsplätze bringen.

Warum hat es so lange gedauert?

Die A49 ist ein Beispiel dafür, wie schlechte Bürokratie, politischer Wankelmut und ein absurd übersteigerter Umweltlobbyismus dafür sorgen, dass in Deutschland so wenig vorangeht. Dies zur Info an die künftige Bundesregierung unter Friedrich Merz, die damit rechnet, mit vielen neuen Schulden nun ganz schnell die Infrastruktur zu verbessern. Sie könnte sich irren, denn Geld allein, das zeigt die A49, wird das Problem nicht lösen. Schon gar nicht, wenn man zu den Schulden das Wort »Klimaneutralität« ins Grundgesetz schreibt und ein weiteres Feld für juristische Auseinandersetzungen eröffnet.

Bei der A49 war es jahrelang so, dass ein fertig gebautes Teilstück im Nirgendwo endete. Vor einem Feld war

einfach Schluss. Es sah aus wie ein Schildbürgerstreich.

Wegen des Kammolchs musste der Streckenverlauf geändert werden. Wegen der Bechsteinfledermaus brauchte es eine vier Millionen Euro teure Grünbrücke. Wegen der Haselmaus wurden 2500 Nistkästen und Niströhren aufgestellt, zwecks schonender Umsiedelung. Leider umsonst, die Haselmaus ward nicht mehr gesehen.

Als schließlich alle Rechtsmittel gegen die Autobahn ausgeschöpft schienen, rückten von weit her die Aktivistinnen wie Carola Rackete und Luisa Neubauer an und berie-

Als alle Rechtsmittel gegen die Autobahn ausgeschöpft waren, rückten von weit her die Baumkletterer an.

fen sich auf ihr Abwehrrecht gegen die Klimakrise. Manche errichteten Blockaden, kletterten in die Bäume und bewarfen Polizisten mit Fäkalien. Manche sabotierten Baumaschinen. Manche trieben Stahlstifte in Baumstämme und nahmen in Kauf, dass sich Arbeiter mit Kettensägen daran verletzen.

Eine Doppelstrategie verfolgten die Grünen. Während Vertreter der Landespartei in Hessen die A49 irgendwann verteidigten, schlugen sich Bundesgrüne auf die Seite der Aktivistinnen. Der Kampf im Dannenröder Forst (»Danni bleibt!«) endete in einem der größten Polizeieinsätze Hessens seit den Protesten gegen die Startbahn West.

Zur Eröffnung der A49 am Freitag hatte sich kein Minister angekündigt. Vielleicht ist der Politik das Thema peinlich. Dafür soll es weiter Proteste von Umweltgruppen geben. Ihr Kampf lebt.

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Susanne Beyer, Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher.

Die FDP hat eine Zukunft zu haben



Inlängst war ich in einem X-Space (das sind so etwas wie interaktive Radiosendungen, bei denen prinzipiell jeder mitreden kann). Gut, das ist nichts Besonderes, aber ich war in diesem X-Space, als es um den Fortbestand der FDP ging. Zwei ehemalige oder noch aktive Berufspolitiker regten diese Veranstaltung an, um mit der gemeinen Bevölkerung eben über das Thema Liberalismus und freie Demokraten zu diskutieren.

Man könnte man diesen Platz nutzen, um richtige, jedoch erwartbare Kritik an der FDP zu üben, wie ich das in diesem Space getan habe. Ich könnte mich boshaft beschweren, dass ich letztendlich als Sprecher entfernt wurde. Ich könnte damit den Haken von den Freien Demokraten zur freien Rede spannen und hätte sicherlich einen Punkt. Ferner wäre es ein Leichtes, die FDP aufgrund der letzten drei Jahre zu kritisieren, weshalb sie überhaupt erst Rot-Grün möglich gemacht haben. Und ganz bestimmt ist es zwar valide, dass die gleiche FDP Rot-Grün beendet hat, andererseits haben sie die schlechteste Regierung seit Angela-Merkel – und deren vier Regierungen waren allesamt grotteschlimm – überhaupt erst ermöglicht. Sie haben einen Kanzler auf den Thron gehoben, der als Hamburger Innensenator vorgewiesen hat, einem Häftling Brechmittel zu geben, der dann unwürdig, schmerzhaft und elendig erstickt ist – und das mit nur 27 Jahren.

Auch wäre es fürwahr kein Debattenbeitrag auf dem argumentativen Hochreck, wenn man anmerkt, dass die FDP wesentliche drakonische Maßnahmen der Corona-Entblödungspolitik mitgetragen hat, den Mindestlohn von inzwischen fast Euro beschlossen, Karl Lauterbach, die demokratieabwesende Nancy Faeser und die gruselige Grünen unterstützt hat. Auch die Tatsache, dass die liberale Partei sich weder gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz noch den Digital Services Act stemmt hat, spricht nicht gerade für eine freiheitliche Gesinnung. Und wenn ich

Ihnen jetzt noch sage, dass viele Mitglieder das Selbstbestimmungsgesetz befürworten wie auch das kriminelle Leihmuttergeschäft, dann sind Sie sicherlich wenig überrascht. (2)

Man ist nun mal nicht immer Master of Koteletts

All diese Argumente löst auch das gut gemeinte Cannabisgesetz nicht aus, das die neue Regierung womöglich sogar zurückdrehen wird. Egal, wo man die FDP anfasst, überall stellt sie sich als Enttäuschung heraus. Manchmal muss der Wähler den Eindruck gewinnen, dass der Wortbruch zur DNA dieser Partei gehört. Andererseits, so würde ein konsensorientierter Mensch argumentieren: Was ist die Alternative? Die Grünen sind es sicher nicht. Von SPD und Union braucht man wohl nicht zu reden. Und die AfD? Auch bei dieser Partei darf man, schauen wir auf die etatistischen Landesverbände gerade im Osten des Landes, eine freiheitliche Grundgesinnung in Frage stellen.

Hierbei ergibt sich der große Kategorienfehler der völlig konträren Herangehensweise an politische Probleme. Die allermeisten Freiheitlichen oder Rechten, die die FDP aus den genannten – korrekten – Fehlern kritisieren, betreiben Fundamentalkritik. Das heißt, sie argumentieren aus einem grundsätzlich orthodoxen Verständnis von Liberalismus, der richtig sein mag, aber in diesem System auf wenig fruchtbaren Boden stößt. Denn eine parlamentarische Demokratie setzt den Konsens politischer Grundausrichtung als elementare Voraussetzung für eine funktionierende Regierung voraus. Libertäre Gedanken haben ihre unbedingte Berechtigung, bleiben aber in der Metaebene stecken, da sie im Sinne einer Koalition kaum umsetzbar sind.

In dem Moment findet sich der Fundamentalkritiker wieder. Da seine Themen niemals in die Tat umgesetzt werden können, wird er immer frustriert sein – wie ein Kind, das unbedingt das Formel-1-Auto haben möchte und daher mit einem Matchbox-Ferrari immer unzufrieden sein wird. Doch gesellschaftliches Zusammenleben bedeutet nun mal, nicht immer der „Master of Koteletts“ zu sein, sprich, alle eigenen Forderungen durchzusetzen. Zusammenleben bedeutet Kompromiss – das wird jeder Leser mit Partner nachfühlen können.

o gesehen haben es konsensorientierte Menschen – Stichwort Kategorienfehler –
immer schwerer, gegen Fundamentalkritiker zu argumentieren. Sie werden es immer
mehr mühen, als diejenigen, die Opposition zur Orthodoxie erklärt haben. Ohne
Kompromissfähigkeit zu besitzen, wird dieses Deutschland auf kurz oder lang zu
nem zunehmend sehr einsamen, lebensarmen Land mutieren. Doch wir haben viel
mehr Baustellen als Bauarbeiter. Und wenn die Bauarbeiter, also die Politiker, sich
gar nicht einig werden wollen, so kann man es mit einer Koalition auch gleich sein
lassen – und Olaf Scholz bleibt bis zum Ableben geschäftsführender
Anführer. Vielleicht gar nicht mal so verkehrt.

Inmitten dieses Spannungsfelds findet sich die FDP wieder. Im Abwärtsstrudel der
Konsenspolitik hat der Wähler die Partei aus dem Bundestag geworfen.
Wahrscheinlich war das Eingehen einer Ampelregierung keine gute Idee, und ganz
klar hat die FDP die Koalition zu spät platzen lassen. Aber immerhin hat Lindner
es nicht platzen lassen.

Konsensorientierte würden argumentieren, dass es ohne die Liberalen noch
schlimmer geworden wäre – freilich, ohne diese These jemals belegen zu können.
Währenddessen sollten Fundamentalkritiker, auch aus dem libertären Lager, ab und
zu – Achtung, Zitat – „ihre Egos das Klo hinunterspülen“. Denn ein ausreichender
Kompromiss ist besser als eine von oben geführte schlechte Politik.

Man darf die Fundamentaloppositionellen nie vergessen: Diese Machtfülle, die
man euch wünscht, um eure Ideen umzusetzen, kann eins zu eins auch umgedreht
funktionieren, wenn ein unfreiheitlicher Herrscher den letzten Funken Liberalismus
aus Deutschland per Gesetz verjagt.

Warum hat die FDP schlicht eine Zukunft zu haben. Dazu muss sie sich aber
entschieden ehrlich machen, neu aufstellen und aus dem verkrusteten Politikartell der
Einheitsparteien entsteigen. Sodann werden die Liberalen wieder liberal, der eine
oder andere Fundamentalkritiker wird abgeholt, und auch die Konsensorientierten
werden sich bestätigen, dass sie in Zukunft vielleicht doch die richtige Partei gewählt
haben.

Schuldenberge: Die FDP ist der Gegenentwurf zu Schwarz-Rot

Die gewaltige Schuldenaufnahme der kommenden Bundesregierung riskiert die fiskalische Stabilität Deutschlands und verursacht enorme Schwierigkeiten für künftige Generationen. Auch unmittelbar werden die Folgen der verantwortungslosen Finanzpolitik spürbar: „Wegen des Mega-Schuldenpakets müssen wir künftig bis zu 80 Milliarden Euro im Jahr allein an Zinsen zahlen. Die Regierung nimmt das Geld von den Jüngeren, um es sich politisch bequem zu machen. Schwarz-Rot sagt einfach: Nach uns die Sintflut“, kritisiert FDP-Präsidiumsmitglied Christian Dürr. Als Folge der bitteren Enttäuschung über diese Politik drohe ein weiteres Erstarren der AfD, warnt Dürr. Er macht deshalb klar: „Es gibt ein drittes politisches Lager in der Mitte. Die FDP muss der Gegenentwurf zu Schwarz-Rot sein.“

Erst Schulden, dann das Land

Koalitionspoker: Die Verfassung als Brandmauer gegen das Wahlvolk? Es droht ein Richterstaat

LRICH CLAUB

Die einen können ihr Glück kaum fassen, und die anderen wissen auch nicht, wie ihnen gerade geschieht. Wer in diesen Tagen in Union und SPD hineinhorcht, könnte meinen, es seien politisches „Ball verkehrt“ geraten zu sein. Da sind zum einen die Sozialdemokraten mit dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis in der Geschichte. Doch statt in Sack und Asche zu gehen, kann die krachend gescheiterte SPD-Führung die Union – den Wahlsieger – wie einen ständigen Juniorpartner vor sich her treiben.

Und da ist zum anderen der Wahlsieger Friedrich Merz. Mit traurigem Blick sitzt er auf Podien und muß sich immer wieder vorhalten lassen, daß die Hälfte seiner Parteimitglieder und sogar ein Viertel der Gesamtbevölkerung seine Schuldenverpflichtung als „Wählertauschung“ verübeln. Ein laubwüchsiges Unkraut, das mit seinem Namen verbunden bleiben wird.

Erst die Schulden, dann das Land. Nach diesem Motto hat Merz innerhalb von Tagen den mühsamen Abschied von der Merkel-Ära rückabgewickelt. Doch nie in der Parteigeschichte der Bundesrepublik hat ein Wahlsieger sein zentrales Wahlversprechen – die Verteidigung der Schuldenbremse – so rigoros unmittelbar nach der Wahl verraten. Soll man da noch an den vollmundig versprochenen „Politikwechsel“ bei der Migrations-, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik glauben? Besonders mißtrauisch machen anschwellige Schwörungsgesänge, mit denen die Koalitionäre in spe nun den „Kompromiß“ als solchen zum demokratischen Hochamt stilisieren. Schon kündigt

den Bundesländer an, mit den für die Infrastruktur vorgesehenen Verschuldungsermächtigungen die aufgeführten Defizite infolge der ungesteuerten Masseneinwanderung umzuschulden. Vom Schuldenkompromiß zum Migrationskompromiß – nahezu täglich häufen sich Beispiele, wie unter dem Deckmantel vermeintlich demokratiebewahrender Verständigungsrituale die Verstärkung von überbürokratisierter Mißwirtschaft und Staatsversagen „geernt“ wird. Der faule Kompromiß wird zur Konstante des Systems.

Man kann darin durchaus System erkennen. Die Merz'sche Schuldenwende mag mit all ihrer Chuzpe noch so singular erscheinen und als Folge einer völlig unerwartet herein gebrochenen Großwetterlage umgedeutet werden. Die nun angestrebte Koalition unter grüner (Kredit-)Duldung folgt sehr wohl einem Szenario, das im Konrad-Adenauer-Haus schon lange vor der Wahl durchgespielt worden sein dürfte. Für diese Einschätzung muß man nicht warten, bis Historiker eines Tages die entsprechenden Protokolle aus den geöffneten Parteiarchiven ziehen dürfen.

Denn mit dem Festhalten der Union an der Brandmauer zur AfD war bei dem nach menschlichem Ermessen zu erwartenden Bundestagswahlergebnis eine mehr oder weniger formalisierte Superkoalition aller anderen gegen die Blauen unausweichlich. Früher oder später. Die mit den Grünen kam mit der Schuldenwende früher. Die mit der Linkspartei kommt später. Erste Avancen der Union in Richtung Linkspartei, um deren Zustimmung zu weiteren Grundgesetzänderungen einzuwerben, sind bereits zu hören.

Insofern erscheint der gesamte Unionswahlkampf als Wählertauschung mit Ansage. Das Einsammeln der Wahlversprechen war und ist ebenso eingepreist wie im wahrsten Merkschen Sinne alternativlos. So alternativlos wie jetzt die von Friedrich Merz angestrebte Kanzlerschaft unter sozialdemokratischer Programmherrschaft. Als einer der wenigen intellektuellen Köpfe der Union nennt es der Mainzer Historiker und ehemalige Vorsitzende der CDU-Grundwertekommission, Andreas Rödder, beim Namen. Er spricht von einer „babylonischen Gefangenschaft“, in die sich die Union vom links-grünen Lager habe führen lassen. Mehr noch als ein „Glaubwürdigkeitsproblem“ befürchtet Rödder eine „Vertrauenskrise der Bevölkerung in die politischen Institutionen, die nicht liefern“. Daraus könne sich eine „Systemkrise“ entwickeln, warnt er seit Union.

Wie diese Systemkrise aussehen könnte, offenbart ein in seinen Auswirkungen noch gar nicht absehbarer Erfolg der Grünen im Zuge der von Merz vollzogenen Schuldenwende. Es ist die Verankerung von zeitlich fixierten Klimazielen im Grundgesetz. Der Vorgang reiht sich ein in eine fortschreitende Verrechtlichung der Politik, die den Entscheidungsspielraum parlamentarischer Mehrheiten immer weiter einschränkt.

Das fängt beim verfassungsrichterlich festgelegten Existenzminimum beim Bürgergeld an und hört beim maßlos überzogenen Datenschutz der Karlsruher Richter noch lange nicht auf. Hinzu kommen höchstrichterliche EU-Vorgaben etwa bei der Zuwanderung und die Brüsseler Regulierung des Mindestlohns. Mit einer Art Überverfassung

werden nationale Parlamente aus Brüssel präjudiziert und eingemauert. Der Klima-Coup der Grünen ist nur insofern besonders bemerkenswert, als hier ein Wahlverlierer den Wahlgewinner auf seine dreiste Art beim Verfassungsbillard über Bord vorgeführt hat. Und welche Kultur der „Demokratieförderung“ die SPD jetzt bei den Koalitionsverhandlungen auch noch als Staatsziel ins Grundgesetz drücken will, kann man sich leicht ausmalen.

Doch nicht nur hierzulande wächst der Widerstand gegen solche Art Brandmauern. Den Vorreiter einer Reconquista gegen den „Richterstaat“ sieht der Historiker Jörg Baberowski in Donald Trump. Der zeige allen, die ihn gewählt haben, „daß wir nicht in einer alternativlosen Welt leben“, sagt der Berliner Totalitarismusexperte. Trump stelle „den Primat des Politischen mit aller Brutalität wieder her“. Diese Haltung könne sich auch in Europa ausbreiten, so Baberowski.

Hierzulande mag die Verfassungstradition die Renaissance des Politischen verzögern. Schließlich haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes dem parlamentarisch repräsentierten Volkswillern aus historischer Erfahrung besonders enge Grenzen gesetzt. Doch wie berechtigt dieses historische Erbe einmal gewesen sein mag. Längst dient es eine hypermoralisierenden Parlamentsminderheiten als Hebel zur politischen Obstruktion der Wählermehrheit. Begleitet vom Getöse eines Nazi-Tourrette-Syndroms. Das kann nicht ewig gutgehen.

So offenbart die schwarz-rote Inszenierung weit mehr als Winkelzüge eines überforderten CDU-Vorsitzenden, und die Koalitionäre könnten sich sehr bald noch ganz anders wundern, wie ihnen geschieht. Denn über diesen Koalitionsverhandlungen flimmert das Wetterleuchten eines Verfassungskonflikts, der zum Ausbruch drängt. Wenn der Primat der Politik sich Bahn bricht. So oder so

der gerichtliche Entzug des passiven Wahlrechts kristallisiert sich als der favorisierte Weg heraus, mit dem in Europa die herrschende Einheitsfront der globalistisch-sozialistischen Eliten die freiheitlich-konservative Opposition in Schach halten will, um ihren Machterhalt abzusichern. „Lawfare“, Krieg mit juristischen Mitteln also.

Dabei ist ein solcher Entzug des passiven Wahlrechts durch ein Gericht in einer wahren Republik unmöglich und mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, weil dort alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, also kein Gericht über dem Volk stehen kann, also die Kandidatur in einer demokratischen Wahl nicht durch ein Gericht eingeschränkt werden kann – wäre das anders, dann wäre das ja geradezu eine Einladung der jeweils herrschende Gruppe zur Wahlmanipulation gegen die Opposition ... und darum erleben wir das gerade in Rumänien, in Frankreich und demnächst sicher auch in Deutschland. Die Gründerväter der USA haben dieses Problem vorausgesehen, weshalb dort gemäß der Konstitution Bürger sogar aus dem Gefängnis heraus um die Präsidentschaft kandidieren können. Nicht ohne Grund.

Wenn die Justiz im politischen Kampf instrumentalisiert wird, dann wird die Demokratie dadurch nicht etwa geschützt, wie man uns weismachen will, sondern ausgehebelt. Das aber wird die Republik vollends destabilisieren und womöglich auch territorial zerreißen. Die Befürworter des Urteils gegen LePen ahnen offensichtlich nicht, wie gefährlich es ist, die klare hierarchische Ordnung in einer Republik durcheinanderzubringen. Eine autoritäre Gewaltspirale gegen das eigene Volk kann sich sehr schnell aufbauen, wenn Millionen von Bürgern sich um ihre verbrieft demokratische Teilhabe gebracht sehen. Und exzessive Gewalt gegen das eigene Volk ist seit ewigen Zeiten die ultimative Delegitimation von Herrschaft und läutet gewöhnlich dessen Ende ein.

Gespaltene Gesellschaft

Die Spaltung unserer Gesellschaft schreitet stetig voran und teilt diese in zwei Gruppen:

Gruppe 1 – gute Menschen

Auf der einen Seite sind die Guten, das sind Menschen die ihr Einkommen überwiegend vom Staat beziehen.

Sie glauben alles, was vom Staat vorgegeben und über die staatsfreundlichen Medien verbreitet wird.

Auf Geheiß von oben, sind sie jederzeit bereit zu demonstrieren und gehen in Massen auf die Straßen, um Demokratie und Freiheit zu verteidigen und vor allem gegen rechts vorzugehen. Dass die Freiheit auch von links bedroht wird, ist für sie kein Thema.

Gruppe 2 – die Vernünftigen

Die Gruppe 2 kann man als die „Vernünftigen“ bezeichnen. Diese gehen regelmäßig zur Arbeit, verdienen ihren Lebensunterhalt als Beschäftigte bei Industrie, im mittelständischen Gewerbe, im Handwerk, als Dienstleister oder als Verwaltungsangestellte.

In ihrer Freizeit erholen sie sich von der Arbeit und wenn noch etwas Kraft übrigbleibt, nützen sie diese für ehrenamtliche Tätigkeiten.

Zahlenmäßig sind die Gruppen 1 und 2 aktuell etwa gleich stark, mit der Tendenz, dass die Gruppe 1 - die guten Menschen immer stärker wird.

Wenn die Gruppe der Gutmenschen zu stark wird, geht unser Land den Bach runter à la DDR. Soweit sollten wir es nicht kommen lassen. Die Vernünftigen sollten sich gegen den Untergang wehren.

Karl Braun, Haiterbach

